

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus den Sondersitzungen des Landtags vom
07./08.05.2020

#Tag der Befreiung

Zu Beginn des zweiten Sitzungstages gedachte der Landtag dem 75. Jahrestag der Befreiung. Die *Präsidentin des Landtages Gabriele Brakebusch* sagte in ihrer Rede unter anderem: „Aus der Perspektive der Historiker war der 8. Mai 1945 für viele, für sehr viele Menschen, ohne Zweifel ein Tag der Befreiung. Ich denke dabei an die Millionen Menschen in den bis zum Schluss besetzten Gebieten. Ich denke dabei an die vielen Tausenden in den Konzentrationslagern, in denen bis zum Schluss gemordet wurde. Ich denke dabei an die Millionen Kriegsgefangenen, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern zusammengepfercht wurden. Ich denke an die unzähligen Menschen, die zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt und dort brutal ausgebeutet wurden.

Ich denke aber auch an die Deutschen. Nur der Sieg der Alliierten und die bedingungslose Kapitulation, nur die Niederlage, haben uns Deutsche von der nationalsozialistischen Diktatur befreit. Wir Deutschen hatten und haben einen brutalen Raub- und Eroberungskrieg, einen weltanschaulichen Vernichtungskrieg, das millionenfache Morden, den Versuch der vollständigen Vernichtung der europäischen Juden sowie die materielle und seelische Verwüstung Europas zu verantworten.

Viele, sehr viele Deutsche, waren an der Einrichtung der Diktatur und am Vorbereiten und Führen des Krieges beteiligt. Nur sehr wenige hatten den Mut zum Widerstand. Wir selbst haben uns weder der Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wirksam erwehrt, noch haben wir die Kraft, die Courage oder den Willen aufgebracht, die offen menschenverachtende und Menschen vernichtende Diktatur abzuschütteln. Deshalb mussten wir Deutschen befreit werden - um eine Chance auf einen Neuanfang, auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu gewinnen. Dass diese Chancen auf ein Leben in Freiheit in Deutschland ungleich verteilt waren, ist jedem von uns bewusst.“

„Bedeutete die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 für die Westdeutschen die Übernahme der ganzen, ungeteilten Last der Geschichte, so bewirkte dies für uns Ostdeutsche ein Beschluss der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer.“, sagte die Präsidentin des Landtages weiter und nach dem Zitat des Beschlusses der Volkskammer endete sie: „Diese Botschaft ist elementarer Bestandteil unserer Staatsräson. Das muss sie bleiben, unbedingt.“

#aktuell debattiert

Landtagssitzung im Mai ganz im Zeichen der Corona-Krise

Im Mittelpunkt der Landtagssitzung im Mai standen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollte über Chancen in der Krise debattieren, die aus ihrer Sicht vor allem darin liegen, dass in der Wirtschaft stärker regional gedacht und insgesamt ökologisch umgesteuert werden sollte. Leider fanden sich diese Schwerpunkte nur in den Debattenbeiträgen der antragstellenden Fraktion und von DIE LINKE wieder. Der *umweltpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange* legte den Finger in die Wunde: „Die Krise macht das Ausmaß der Umweltschäden deutlich, die wir weltweit verursachen. Wenn man in den Ballungszentren in Indien erstmals wieder den blauen Himmel sehen kann, dann zeigt das nicht nur, dass es dort ein riesiges Umweltproblem gibt, sondern dass wir unsere Umweltverschmutzung mit der Produktionsverlagerung gleich mit exportiert haben.“ Er stellte fest: „Wir brauchen den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Wir sollten die jetzige Situation nutzen, diesen voranzubringen. Darum darf es kein bedingungsloses Verteilen von Steuergeldern an die Konzerne

geben. Vielmehr muss der Staat, der gerade seine Handlungsfähigkeit bewiesen hat, im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung steuernd eingreifen.“ Deshalb schlug er eine dreigliedrige Strategie vor: Kurzfristig helfen, um Arbeitsplätze zu retten und den Menschen Sicherheit zu geben. Mittelfristig umsteuern, um der Wirtschaft Anreize zum Umsteuern zu geben und Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Forschung, Entwicklung und digitale Infrastruktur zu tätigen. Langfristig den sozial-ökologischen Umbau meistern, um die Lebensgrundlagen zu erhalten und die soziale Schere zu schließen.

Der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise aktiv begegnen!

Unter diese Überschrift hat die Fraktion DIE LINKE ihre Aktuelle Debatte im Landtag gestellt. Gleichzeitig brachte die Fraktion drei konkrete Anträge zur Bewältigung der Probleme ein. Dabei ging es zum einen um ein Grundeinkommen für Soloselbstständige und Kleinunternehmer*innen, wie Künstler*innen, Gastronomen, Pensionsbetreiber*innen, Dozent*innen und viele weitere Berufsgruppen, für die die bisherigen Hilfsprogramme von Bund und Land nicht greifen bzw. unzureichend sind.

Der *Fraktionsvorsitzende* **Thomas Lippmann** sagte dazu: „Wir sehen die Aufgabe der Politik darin, dem sozialen Auseinanderdriften der Gesellschaft aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit von den Coronamaßnahmen aktiv entgegenzuwirken. Wir wollen ohne Wenn und Aber diejenigen unterstützen, die unter den Auswirkungen der Schutzmaßnahmen tatsächlich leiden und Schaden nehmen. Unsere drei Anträge zeigen dabei das breite gesellschaftliche Spektrum derjenigen, deren persönliche Betroffenheit zu wenig im Fokus des Regierungshandelns steht. [...] Wir fordern für alle Soloselbstständigen und Kleinunternehmer ein Grundeinkommen von 1 000 € monatlich.“ Dieses Grundeinkommen solle für jeden Monat gezahlt werden, in dem diese Menschen aufgrund der Verlängerung von Maßnahmen des Landes in ihrer Geschäftstätigkeit derart eingeschränkt würden, dass sie daraus ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten könnten.

In einem weiteren Antrag forderte die Fraktion, dass die Gelder für kostenloses Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in Kindertageseinrichtungen, die geschlossen wurden, direkt an die Eltern ausgezahlt werden. Durch die Schließung der Einrichtungen kommen die betroffenen Kinder nicht mehr in den Genuss dieser Leistung. Dazu der *Fraktionsvorsitzende* **Thomas Lippmann**: „Es ist eine absurde Idee, das Essen an die betroffenen Familien ausliefern zu lassen, wie es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorschlägt. Der logistische Aufwand ist viel zu hoch. Außerdem entstehen erhebliche Zusatzkosten für die Auslieferung, die bezeichnenderweise der Bund auch nicht tragen würde.“

Dieser enorme Finanzierungsbedarf müsse auch durch eine Sonderabgabe auf besonders große Vermögen gestemmt werden.

In einem dritten Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE, dass Studierende und Hochschulen in Corona-Zeiten nicht vergessen dürften. Der *hochschulpolitische Sprecher der Fraktion* **Hendrik Lange** erteilte den Absichten des Finanzministeriums eine Absage, von den Hochschulen in Sachsen-Anhalt einen Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt zu leisten. Außerdem sollten die Langzeitstudiengebühren für das Sommersemester 2020 erlassen und ein Sozialfonds für Studierende aufgelegt werden, da zahlreiche Studierende durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihre Jobs zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts verloren haben.

Alle drei Anträge wurden in die jeweiligen Fachausschüsse überwiesen.

#Humanität

Humanitäre Katastrophe abwenden - Gesundheitsschutz für Alle

Schon lange vor Beginn der Corona-Pandemie sei vor ansteigenden Mortalitätsraten und Seuchen in den bestehenden Aufnahmelagern für Geflüchtete auf den griechischen Inseln der Ägäis gewarnt worden. Diese Situation war für die Fraktion DIE LINKE. Anlass, einen entsprechenden Antrag für

ein Landesaufnahmeprogramm einzubringen. Die *innenpolitische Sprecherin der Fraktion **Henriette Quade*** sieht dringlichsten Handlungsbedarf, um diese verheerenden Zustände zu beenden und damit die sich zwangsläufig abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Ebenfalls dringlich sei die Beendigung der Massenunterbringung in der Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) Halberstadt zum Schutz der dort untergebrachten Geflüchteten.

Außerdem fordert DIE LINKE in ihrem Antrag die Einführung anonymer Krankenscheine, analog des Verfahrens in Thüringen und Rheinland-Pfalz. Mit diesen kann illegalisierten Personen sowie jenen Menschen, wie EU-Ausländerinnen, wohnungslose Menschen, ehemalige Inhaftierte, Personen mit unklarem Aufenthaltsstatus ohne Krankenversicherungsschutz oder Selbständige, die sich die private Krankenversicherung nicht mehr leisten konnten, eine Krankenversorgung zuteilwerden.

#Kommunalpolitik

Kommunale Demokratie nicht außer Kraft setzen

Am 23. März 2020 verfügte das Innenministerium per Runderlass, dass Kommunen unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemielage von einzelnen Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes befreit werden. Dazu gehört auch die Öffentlichkeit der Sitzungen. Stattdessen wurden Entscheidungen im schriftlichen Verfahren ohne inhaltliche Beschränkungen zugelassen, wenngleich dies nur bei dringlichen Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, gelten sollte.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. habe der Runderlass in rechtswidriger Weise das Öffentlichkeitsprinzip und damit den tragenden Grundsatz kommunaler Demokratie außer Kraft gesetzt. Die *kommunalpolitische Sprecherin **Christina Buchheim*** sieht dadurch Kommunen erheblichen Risiken und Rechtsunsicherheiten ausgesetzt. Zudem forderte sie die Landesregierung auf, unverzüglich, jedoch befristet für bestehende außergewöhnliche Notlagen, handlungs- und rechtssichere Verfahrensregelungen für die Kommunen zu schaffen bzw. Hinweise zu erteilen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 19. Mai 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Mai 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.